

Einwilligungserklärung und Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)¹

Bundespreis Blauer Kompass 2026

1. Datenverarbeiter und Verantwortlicher sowie Kontaktdaten

Verantwortlicher der Datenverarbeitung i. S. d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist das Umweltbundesamt (UBA), vertreten durch den Präsidenten, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau-Roßlau, Telefon: +49-340-2103-2416, Fax: +49-340-2103-2285, buergerservice@uba.de. Unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten, Herrn Udo Langhoff, erreichen sie unter der E-Mail-Adresse udo.langhoff@uba.de und der Telefonnummer 030/8903-5141.

2. Verarbeitungsrahmen

Zweck der Verarbeitung und Arten der verarbeiteten Daten

Das Umweltbundesamt ist eine wissenschaftliche Behörde, deren Aufgabe es ist, den Zustand der Umwelt zu beobachten und zu bewerten. Es berät die Politik und arbeitet an Gesetzesvorschlägen mit. Es erhebt und analysiert eigene Umweltdaten und solche Dritter und arbeitet dabei eng mit den Landesumweltbehörden und Gesundheitsbehörden zusammen.

Neben der „rein“ wissenschaftlichen Arbeit sind der Vollzug der Umweltgesetze – beispielsweise das Chemikalien- oder das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – und die Information der Bürgerinnen und Bürger in Fragen des Umweltschutzes weitere Schwerpunkte.

Daneben ist das UBA Partner und Kontaktstelle Deutschlands für zahlreiche internationale Einrichtungen, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), UNECE und UNEP sowie die Europäische Umweltagentur.

Das Umweltbundesamt verarbeitet bei der Wahrnehmung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben auch personenbezogene Daten für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient für das vorliegende Verfahren folgenden Zwecken:

Das Umweltbundesamt verarbeitet die personenbezogenen Daten der Teilnehmer*innen zur Durchführung des Wettbewerbsverfahrens zum Bundespreis Blauer Kompass.

Folgende Arten von Daten werden verarbeitet: Vor- und Zuname, Funktionsbezeichnung, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Adresse, von den Bewerber*innen eingereichte Fotos, sowie – im Falle einer Auszeichnung mit einem der Preise – Videoaufnahmen über die Preisträger*innen.

Ihre Bewerbungsangaben (Informationen zum Projekt, Kontaktdaten, Bilder) werden in Form eines Eintrags in der „[Tatenbank](#)“ des Umweltbundesamtes veröffentlicht. Die Filmaufnahmen über die Preisträger*innen werden auf der Preisverleihung (als hybride Veranstaltung im Livestream und vor Ort in Berlin) sowie anschließend über den YouTube Kanal von UBA sowie für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN), dem Umweltbundesamt, dem Zentrum KlimaAnpassung (vertreten durch die adelphi consult GmbH im Auftrag des BMUKN) und von der co2online gemeinnützige Beratungsgesellschaft mbH (co2online) im Rahmen des Bundespreises „Blauer Kompass“ genutzt. Der Widerruf des Einverständnisses zur Veröffentlichung der o. g. Daten in der Tatenbank, auf den Webseiten und dem YouTube Kanal des BMUKN, UBA und Zentrum KlimaAnpassung sowie im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist jederzeit möglich. Im Rahmen weiterer Projekte dürfen das Umweltbundesamt

¹ VERORDNUNG (EU) 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO)

und das Wettbewerbsbüro co2online ausdrücklich Informationen an die mitgeteilte Kontaktadresse senden und in direkten Kontakt treten.

Hierfür bitten wir Sie entsprechend den Regelungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) um Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten. Wir weisen darauf hin, dass Ihre Einwilligung rein freiwillig erfolgt.

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten nach Erteilung Ihrer Einwilligung und Teilnahme am Bewerbungsprozess ist Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Soweit das UBA personenbezogene Daten zur Wahrnehmung seiner im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder in Ausübung öffentlicher Gewalt verarbeitet, stützt sich die Verarbeitung dieser Daten auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und § 3 BDSG i. V. m. der entsprechenden gesetzlichen Aufgabennorm.

Empfängerkategorien und Übermittlung der Daten an Dritte

Der Bundespreis „Blauer Kompass“ ist eine Aktion des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und des Umweltbundesamts und wird organisiert von dem Wettbewerbsbüro co2online gemeinnützigen Beratungsgesellschaft mbH. Hierfür wurde mit co2online eine entsprechende Auftragsverarbeitungsvereinbarung geschlossen. Das Umweltbundesamt und co2online arbeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten eng zusammen. Das Umweltbundesamt erhebt und speichert die Daten im Rahmen des Wettbewerbs. Wenn Teilnehmer*innen am Wettbewerb teilnehmen, wird deren Vor- und Zuname, Funktionsbezeichnung, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Adresse und Fotos vom Umweltbundesamt an co2online für die weitere Abwicklung des Wettbewerbs (Bewertung, Nominierung, Voting, Kontaktierung innerhalb des Wettbewerbs, Öffentlichkeitsarbeit) weitergeleitet und verwendet.

Außerdem werden die o.g. Daten oder Teile der Daten, die vor allem in Filmaufnahmen über die Preisträger*innen verwendet werden, für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit zum Bundespreis „Blauer Kompass“ an das Zentrum KlimaAnpassung weitergeleitet und dort verwendet. Das Zentrum KlimaAnpassung wird vertreten durch die adelphi consult GmbH, die im Auftrag des BMUKN handelt und mit der das BMUKN eine entsprechende Auftragsverarbeitungsvereinbarung geschlossen hat.

Eine Weitergabe der Daten an sonstige Dritte findet nicht statt.

Speicherdauer

Die Speicherdauer der personenbezogenen Daten ist unbefristet, um die zum Wettbewerb eingereichten Projekte flexibel öffentlichkeitswirksam kommunizieren zu können, da vor dem Hintergrund der vermehrt eintretenden, erheblichen Folgen des Klimawandels ein Interesse der Öffentlichkeit an solchen Umweltinformation besteht. Wenn Sie Ihre hier gegebene Einwilligung widerrufen, löschen wir Ihre personenbezogenen Daten jederzeit.

3. Betroffenenrechte

Sowohl im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben als auch als zivilrechtliche Vertragspartei ist das Umweltbundesamt verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Wie bei allen Verarbeitungen personenbezogener Daten räumt Ihnen die DSGVO umfassende Betroffenenrechte ein. Dies sind folgende:

Recht auf Auskunft - Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhält der Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, unrichtige ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die ihn angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, eine weitere Verarbeitung der ihn angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch den Betroffenen ein.

Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für den Betroffenen, die ihn angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient. Dies ist beim Umweltbundesamt nur dann nicht der Fall, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten zu fiskalischen Zwecken erfolgt.

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DSGVO

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen rechtfertigt ist. Das Recht gilt gemäß § 36 BDSG nicht, wenn eine öffentliche Stelle durch Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet ist.

Recht auf Widerruf der Einwilligung – Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Zudem haben Sie das Recht, die Einwilligung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 a) oder Art. 9 Abs. 2 a) DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

4. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat nach Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde. Zuständige datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde für das Umweltbundesamt ist die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Graurheindorfer Straße 153, 53117 Bonn, Tel. 0228/997799-0, poststelle@bfdi.bund.de, www.bfdi.de.

5. Notwendigkeit der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das Umweltbundesamt steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben. Der Bundespreis Blauer Kompass ist ein zentrales Kommunikationsinstrument im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Er soll bundesweit zeigen, wie der Umgang mit den Folgen des Klimawandels gelingen kann und was vor Ort gegen Folgen wie Starkregen, Hitze, Dürre etc. getan werden kann. Ohne Ihre Daten kann der Wettbewerb in dieser Form nicht durchgeführt werden. Eine Pflicht zur Bereitstellung der Daten durch Sie besteht allerdings nicht.